

# Volksblatt

**Verlagsort:**  
**Dortmund 1.**

# Das Masaryk-Fahr.

Von unserem Prager Korrespondenten  
(Prag, 25. Januar.

Die Tschschosslowatel kargt nicht mit Festen. Einsteils wohl, um der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, ihrer Freude über die errungene Selbständigkeit dem gewünschten Massenandrang verleißen zu können, andernteils, weil über solche große Jubiläumsschiffe auch im Auslande berichtet wird und man daher auch dort wieder einmal etwas über die Tschschosslowatel erfährt. Das Jahr 1928 stand unter dem Zeichen der Befreiungsfeste der Gründung des Tschschosslowatischen Staates, im Jahre 1929 wurde das Millenniumsfest des hl. Wenzel, des ersten tschechischen „Königs“, prunkvoll begangen und das Jahr 1930 heißt kurzweg das „Masaryk-Jahr“, weil am 7. März dieses Jahres der erste freigewählte Präsident der Republik, der seit der Staatsgründung sein Amt in Händen hat, den 80. Geburtstag begeht. Diese Feste in der Tschschosslowatel erstrecken sich nicht auf den einen historischen Tag, sondern auf das ganze Jahr, dem dieser das Gepräge verleiht.

Ungetrüb ist die Feste der Jahre 1928 und 1929 nicht vorübergegangen. Dem erlgannanten Jahre gab es im größten Teil der Republik Gemeindefestn, im Jahr darauf Parlamentswahlen und die Wellen der Parteifriedlosigkeit gingen so hoch, daß sie vielfach die Festesfreude hinwegspülten. Der alte Kampf zwischen rechts und links verströmte meher beim Jubiläum der Staatsgründung noch bei dem des Hl. Wenzel, man war nur mit balbem Herzen bei der Sache. Auch das Marjary-Jahr läßt sich nicht gerade erfreulich an.

Der Wunsch des Präsidenten, anlässlich seines 80. Geburtstages von einer Regierung beglückt zu werden, in der auch die Linke vertreten ist, ist zwar in Erfüllung gegangen, aber man weiß doch noch nicht, ob die Regierung auch über den gedachten Termin zusammenfallen wird. Die neuen, bedeutenden Zollforderungen der Agrarier, die erhöhten Forderungen der Militärverwaltung, die Schwierigkeit der Lösung des Mieterschutzproblems, die verschiedenen Wünsche des Unterbaus inbezug auf Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung und manches andere werden jedenfalls eine sehr schwere Belastungsprobe für die jetzige grün-rote Koalition darstellen und die weitläufigen Pläne der Sozialisten inbezug auf die Schule werden die einzigen in der Regierung verbliebene katholische Partei, die sichsich, naturgemäß an die Seite der selben anderen in der Opposition befindlichen katholischen Parteien, die slowakische und die deutsche, drängen müssen, so daß auch diesmal wieder ein großer Teil der Bevölkerung von der Marjary-Feyer nur mit gemischten Gefühlen wird teilnehmen können.

Es ist jedenfalls zu begrüßen, daß sich die drei katholischen Parteien des Staates, die bei den letzten Wahlen 1,4 Millionen Stimmen von 7,3 Millionen auf sich vereinigten, zu einem katholischen Block zusammengefunden haben, der die Aufgabe hat, der sozialistisch-freisinnigen Begehrtheit auf die Schule energischen Widerstand entgegen zu setzen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß dieser Block, der über 58 von 300 Abgeordnetenmandaten verfügt, im Falle eines immerhin möglichen Zerfalls der jetzigen Regierungskoalition eine bedeutsame Rolle spielen wird.

Ein weiterer Wermuthstropfen in den Freuden-  
becher des Majarat-Jahres ist durch den Ausfall  
der Gaager Verhandlungen gefallen. Denn  
wenn sich auch die Presse Benediks nach Kräften bemüht,  
das Ergebnis dieser Verhandlungen als ein für die  
Tschechoslowakei besonders günstiges und als einen  
großen diplomatischen Erfolg hinzustellen, so ist doch  
die Enttäufung darüber in weiten Kreisen der  
Bevölkerung nicht zu leugnen. Die nackte Tatsache der  
Zahlen zeigt, daß die Tschechoslowakei von den drei  
Staaten der Kleinen Entente am schlechtesten abge-  
schnitten hat, denn während Rumänien und Südsla-  
wien die Zahlung der „Freiheitsstage“ erlassen wurde,  
hat man uns eine solche in der Höhe von annähernd  
80 Millionen tschechoslowakischen Kronen (Kc) jährlich  
durch einen Zeitraum von 37 Jahren vorgeschrieben,  
auch in der Frage der Kriegsschulden an Frankreich  
und Italien haben die beiden anderen Staaten größere  
Vorteile erzielt, als wir. Die Belastung aus diesem  
Titel macht für die Tschechoslowakei weitere 33 Mil-  
lionen Kc durch 50 Jahre hindurch. Ja, die rechts stehende  
tschechische Presse hat ausgerechnet, daß die Tscheko-  
slowakei sogar mehr zu zahlen hat, als das  
besiegte Ungarn, dessen Gesamtverschuldungen  
gerade nur so viel ausmachen als unsere Freiheits-  
tage und dessen Zahlungen überdies zum großen Teil  
den beiden Opfantenfonds zufließen, daßer dem eigenen  
Volkvermögen zugute kommen.

Außenminister Dr. Benesch lehrt daher keineswegs als Triumphtor aus dem Haag zurück, wie er im Stillen gehofft und seine Aussichten auf die Präsidentenwürde, von denen er sich im Majarsk-Jahre eine besondere Verstärkung erwartete, sind nicht besser geworden. Auch diese Frage, die des künftigen Präsidenten, wird im Majarsk-Jahre eine große Rolle spielen. Mit 80 Jahren, die der jetzige Präsident am 7. März erreicht, muß man gemeinhin darauf gefaßt sein, daß ein Höherer eingreift und über Nacht die Frage des Nachfolgers auflöst. Auch das Volk und der Staat sollten für diese Mög-

teit vorbereitet sein, sind es aber bisher nicht. Keine der in Betracht kommenden tschechischen Parteien hat bisher einen geeigneten Kandidaten in petto, außer der tschechisch-nationalsozialistischen, die an Dr. Beneš festhält. Da dieser aber auch von den tschechischen und deutschen Sozialdemokraten abgelehnt wird, hat er

wenig Aussicht. Die nichtsozialistischen Parteien, die, die Kommunisten abgerechnet, über doppelt so viel Wähler verfügen, wie die sozialistischen, werden sich aber einen ausgesprochen sozialistischen Kandidaten kaum aufdrängen lassen. So dürfte das Masaryk-Jahr auch in dieser Hinsicht im Zeichen des Kampfes

stehen, denn die Nachfolgestrage nach Masaryk muß schließlich über kurz oder lang gelöst werden. Und dieser Kampf wird vielleicht der erbitterteste sein, der auf politischem Gebiet in der Tschechoslowakei bisher ausgetragen wurde.

# Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer über die haager Ergebnisse.

## Die Vorzüge des Young-Plans gegenüber dem Dawes-Plan.

# Erleichterung der Lasten und Befreiung Deutschlands.

× Berlin, 26. Januar.

Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer hielt gestern abend in Kumburg eine Rede über die Ergebnisse der Haager Konferenz. Er führte u. a. aus:

Die Belastung Deutschlands nach dem Dawes-Plan belief sich nach Ablauf der vierjährigen Uebergangsperiode auf jährlich 25 Millionen Reichsmark. Dazu traten Zahlungen von 25 Millionen Reichsmark infolge der Vergrößerung des Kredits, den im Laufe der Jahre eine weitere sehr erhebliche Belastung bringen mußten.

**Kernpunkt des Dames-Planes**  
war die Unterzeichnung zwischen Aufbringung und Transfer, das heißt der Übertragung der wertvollen Reichsmark in fremde Devisen. Was entscheidend für den Transferkurs ist, wird in der deutschen Öffentlichkeit nicht übersehen. Die Entscheidung über die Eingabe der Devisen in den Transfer-Kurs ist der Regierung vollständig entzogen. Das nur mit Ausländern besetzte Transfer-Komitee entscheidet nach eigenem Ermessen, ob der Kurs wirksam werden soll oder nicht.

Deutschland besitzt unter dem Dames-System keinerlei rechtliche Handhabe, einen Beschluß zu erzwingen.

Wenn es selbst ihn für nötig erachtet. Der Generalagent kann den Transfer auf Kosten der deutschen Volkswirtschaft in weitestem Umfange ohne Rücksicht auf das wahre Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft durchsetzen. Die Transfer-Frage kann Anlaß zu einer künftigen Einmischung in die Finanzangelegenheiten des Reichs und der öffentlichen Körperschaften werden.

**Der Young-Plan,**

er an die Stelle des Dawes-Planes treten soll, bringt politische Beziehung die Sicherung der Rheinlandbahn bis spätestens Juni 1930, die Beilegung des anstehenden rechtens Verfallir Vertrages, volle Wiederherstellung der deutschen Souveränität auf finanziellem Gebiete und die grundsätzliche Verpflichtung aller Kontrollorganen. Grundlage der deutschen Verpflichtung ist die freiwillige und feierliche Annahme einer finanziellen Verpflichtung durch die deutsche Regierung. Der Youngplan sieht Zahlungen vor, von denen die Hälfte für die Dauer von 68 Jahren geleistet werden soll. Die durchschnittliche Annuität beläuft sich auf zwei Millionen Mark.

bleibt also um 500 Millionen hinter der des Dames-Planes zurück.

der unter Umständen die Zahlungen auf Grund des Wohlstandesindexess hinzugekommen wären. Die Ersparnis in den ersten Jahren ist erheblich größer. Sie beträgt im ersten Jahre 708 Millionen, dann 727, 676, 610 Millionen u. s. w. Die Zahlungen steigen dann bis über zwei Milliarden an, um vom 37. und 38. Rechnungsjahr ab sich sehr stark zu senken. Ich habe hervorgehoben, daß die Vänder und die Kontrollen feststehen, das heißt im einzelnen die Besetzung der Reparationskommission, das heißt die Besetzung des Generalagenten für Reparationsangelegenheiten und allseits unterstellten ausländischen Kommissars für den Reichsbank, Reichsbank, Bank der deutschen Industrieobligationen, des Kommissars für verpfändeten Einnahmen, der Treuhänder für die ausländischen Obligationen u. s. w. Das heißt Wegfall aller ausländischen Mitglieder des Verwaltungsrates der Reichsbank.

bohn und Erhebung durch Deutsche, die von der deutschen Regierung anerkannt werden, damit also Veleitigung des ausländischen Einflusses auf die Finanz- und Wirtschaftslage des Deutschen Reiches und der öffentlichen Verhältnisse, Veleitigung des Transfer-Diktators, der Generalagenten, Verzicht auf positives Warendroit, so daß die Einkünfte aus Bier, Tabak, und anderen Steuern nicht weiter verpfändet werden können. Das sind die Grundgedanken des Young-Planes, der eine Reihe von Fragen offen ließ, die in zwei Konferenzen und den dazwischen liegenden Verhandlungen geklärt worden sind.

**Die erste Haager Konferenz**

Im vergangenen August fand unter dem Zeichen des Widerpruchs der Engländer gegen die Verteilung der deutschen Zünfte bei den einzelnen Gläubigermassungen ein England gelungen, in weiterem Umfang seinen Anspruch durchzusetzen, ohne daß die deutschen Zahlungen erhöht wurden. Deutschland verpflichtete sich nur um die Räumung zu verzichten zu einem Teil der Besatzungskosten für ein Jahr, während die Höhe von dreißig Millionen Mark und gewisse nicht geregelte Schäden zu decken, und erreichte dafür, wie erwähnt, die Aufhebung der Räumung bis spätestens am 30. Juni 1900. Zwischen der ersten und zweiten Haager Konferenz fand zahlreiche Verhandlungen gepflogen worden über Streitfragen, die auf der ersten Konferenz im Haag noch nicht zu Ende gebracht worden sind.

**Die zweite Haager Konferenz.**  
Die vom 2. bis 21. Januar tagte, hatte die Aufgabe, die noch schwebenden Fragen endgültig zu klären. Es sind dies einmal politische, es sind dies andererseits wichtige finanzielle Fragen gewesen. Unter den politischen Fragen stand im Vordergrund die Sanktionsfrage. Sie ist zumehmre gelöst. Das Wesen dieser Lösung besteht darin, daß

**die Sanktionen**

des Verfallter Vertrages, die auch noch im Londoner Satz von 1924 aufrechterhalten worden waren, befestigt worden sind, vor allem die eines Wiedererzwingens des Artikels 430 des Wiener Vertrages. Dieses letztere begrüßt ich als einander aus vollem Herzen Meinungsverständnisse und Freitafel zwischen Deutschland und den westeuropäischen Regierungen werden nur nach den Bestimmungen des Sadeprejudizien-Planes selbst geregelt und von dem Schiedsgericht, der letzter Instanz entzogen. Nur in der Fall, daß die Instanz den Plan zerteilt, würde der Schutz durch die vorgesehenen Instanzen des Unions-Planes erfolgen. Dieser Plan kann indes nur angenommen werden, wenn der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag, die höchste internationale Autorität, den bezeichneten Tatbestand auf Grund einwandfreier Beweise feststellt. Das-

Wegen jegliche Willkür sind wir also unbedingt geschäftig.

ber selbst im Falle eines ungünstigen Saager Urteils nicht etwa der Londoner Zahlungsplan wieder in Kraft, sondern es bliebe auch dann bei den Annuitäten des Young-Planes. Ferner gilt auch in diesem Falle für uns nicht etwa ein Sonderrecht, sondern das Recht, das der Staat, der dem internationalen Rechtsverband an gehört, für sich in Anspruch nehmen kann. Es ist dadurch gewährleistet, daß die Sanktions-Klausel des Young-Planes nicht etwa durch eine wahrheitswidrige Einstellung der Beurteilung des deutschen Verhältnisses in ihrer Wirkung geschwächt oder beeinträchtigt werden kann.

Als unsere Sachverständigen in Paris den Young-Plan unterzeichneten, taten sie es trotz schwerer Be-

denken, weil der Young-Plan gewisse Schwierigkeiten für Deutschland enthält.

Es gibt aber Deutschland das Recht, ein Moratorium zu verlangen

für den Transfer und vom zweiten Jahre ab auch für die Hälfte der Aufbringung oder unter Umständen sogar noch einen größeren Betrag. Es muß einwandsfrei festgestellt werden, daß das Recht für dieses Moratorium, von dem Deutschland nur in der dringenden Not Gebrauch machen wird, ausschließlich Deutschland zusteht, daß es an keinerlei Voraussetzungen gebunden ist, die Deutschland etwa vor einem Gericht beweisen müßte. Diese Klarstellung ist im Haag gelungen und dieses wichtige Recht damit für Deutschland einwandsfrei festgestellt. Wenn Deutschland ein Moratorium in Anspruch nimmt, dann werden schwere wirtschaftliche Verhältnisse, Störungen in der Wirtschaft vorliegen. Nach dem Gedanken des National-Planes soll dann der Teil der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich errichtete Beratende Ausschüsse zusammenzutreten, der Vorschläge machen soll, wie die Schwierigkeiten zu beheben, die Fragen zu lösen sind. Gewiß: die Vorschläge dieses Ausschusses werden erst bindend für die Gläubigermächte und Deutschland, wenn sie aufkommen; aber es liegt auf der Hand, daß ein solcher Beratender Ausschuss, das heißt eine solche Samstagskonferenz, daselbe große Gewicht haben wird wie die Sachverständigen des Dawes-Planes und des Young-Planes. Diese Fragen, die hier auftauchen, sind, und werden sehr in eine besondere Bedeutung des Young-

der Politik entrückt und in die kaufmännische Sphäre, in die wirtschaftliche Betrachtungsweise hinübergerückt.

Leber diese Fragen entscheiden, diese Fragen begutachten die Leiter der großen Notenbanken der Hauptstaaten. In der Internationalen Bank ist auch die Deutsche Reichsbank gleichberechtigt vertreten, und ihr Präsident kann die ganze Schwere seines Einflusses geltend machen für die deutschen Belange. Ich habe eben erklärt, daß die Forderungspolitik ein Ende erreicht, daß die Überplandungen, die jetzt noch bestehen, mit dem Young-Plan beseitigt werden. Es sind in der Haager Konferenz Versuche unternommen worden, neue Forderungen zu stellen aus den Zahlungen, die aus dem Haushalt oder von der Reichsbahn geleistet werden, das heißt Versuche, das sogenannte negative Pfand in ein positives umzuwandeln. Diese Versuche sind aus deutschen Widerstand abgelehnt.

Es besteht nach dem Young-Plan in der heutigen Form keinerlei Hindernis.

Es ist im Gegenteil gelungen, den Einfluß der Reichsregierung auf die Reichsbahn, die nun eine reichsdeutsche Einrichtung bleibt, zu verstärken.

In der Frage der

**Zahlungstermine**

haben wir uns mit unseren Gegnern verhandelt. Die Frage war nach den Zahlungen des Young-Planes zweifelsfrei. Die deutschen Sachverständigen vertraten die Auffassung, daß am Ende des Monats gezahlt werden müsse. Die Gegenseite behauptete, daß alle Tabellen des Young-Planes darauf berechnet seien, daß die Zahlungen in der Mitte des Monats erfolgen sollten. Letztere Frage war für die delegierten nicht bindungsgemäß, deshalb von großer Bedeutung. Wir haben Verhandlungen an Anzeichen dafür, daß im Laufe des Monats erfolgen. Sie legen großen Wert darauf, daß wir ihnen in dieser Frage entgegenkommen; wir glaubten dies tun zu müssen, um dafür in den großen wichtigen Fragen den deutschen Standpunkt fest durchzusetzen. Es ist uns gelungen, einen gemeinsamen Bericht auf die sogenannten Liquidationsüberschüsse abzuschließen, weil wir mit den einzelnen Räubern Abkommen über diese Liquidationsüberschüsse abgeschlossen haben, die es uns ermöglichen, in der Frage der Freigabe des noch nicht liquidierten Eigentums gewisse Vorteile zu erzielen.

Eine sehr wichtige Frage, die uns über eine Woche beschäftigt hat, war die der Mobilisierung.

Die deutschen Annuitäten zerfallen in einen ungeschuldeten und einen geschuldeten Teil. Nur hinsichtlich des geschuldeten Teiles kann das Votatorium in Anspruch genommen werden. Der ungeschuldete Teil soll die Bedeutung haben, er ermöglicht werden kann, das heißt, eine Anleihe zu emittieren werden kann für die Gläubigerarmee, zu deren Gutsdienst der ungeschuldete Teil der Annuitäten abgezogen wird. Man hat von uns ursprünglich verlangt, daß wir die Kapitalisierung der ersten Anleihe, die den Zins ausgleichen sollte, dadurch fördern sollten, daß wir uns verpflichteten, für das Reich, für die Bahn und für Post bis zur Auslegung der ersten Tranche keinerlei Kreditoperationen auf den ausländischen Märkten vorzunehmen. Wir haben darauf eingewilligt, daß eine solche Förderung eine Einschränkung der deutschen Finanzsouveränität bedeutet, haben uns dagegen bereit erklärt, wenn auch die deutsche Interesse es erfordert, mit dem Ausland zusammen einen Plan aufzustellen, in welcher Weise in den nächsten kommenden Jahre der ausländische Markt wegen der Anleihe angegangen werden sollte. Wir haben dabei festgestellt, daß die Kreuzer-Anleihe nicht unter dieses Abkommen fällt. Das Ergebnis ist, daß eine Anleihe in Höhe von 300 Millionen Dollar aufgelegt werden soll, daß Deutschland ein Optionsrecht auf ein Drittel dieses Betrages, also auf 100 Millionen Dollar hat. Wird diese Anleihe nicht

## Rücktritt Zaleskis?

## Korruptionserscheinungen im Pilsudski-Lager.

22. Warschau, 26. Jan. Der Haushaltsauswurf des Reiches hat gestern bei der Abstimmung über den Haushalt des Ministeriums des Äußeren die Summe von drei Millionen Zloty aus dem Dispositionsfonds und eine Million aus dem Pragerandafonds des Ministers des Äußeren festgesetzt. Dieses Abstimmungsergebnis ist ein großer Eindruck gemacht, da der Minister früher erklärt hatte, daß er aus einer Kürzung des Dispositionsfonds die Folgen ziehen müsse. Minister Reich verließ nach der Abstimmung den Ausschuh demonstrativ und begab sich in das Ministerprämium, wo er eine längere Konferenz mit Ministerpräsident Bartel und Marshall Pilsudski hatte. Ueber das Ergebnis der Beratungen ist nichts bekannt geworden.

In der Sitzung des Haushaltsausschusses des Sejm  
e der Berichterstatter der Nationaldemokraten, Bro-

seiner Rubarski, scharfe Kritik an der Gewährung der staatlichen Unterstützung der der Förderung der Industrialisierung des Landes dienenden staatlichen Landeswirtschaftsbank, die von General Goredi geleitet wird. Aus dem Bericht geht hervor, daß diese Bank einer Reihe von Persönlichkeiten, Verbänden, Zeitungen und Einrichtungen, die der Rüstungs-Partei nahestehen, Gefälligkeitskredite und Subventionen erteilt. So erhielt u. a. der ehemalige Chefredakteur des „Glas Prambu“, des Blattes der Obersten-Gruppe, einen Kredit von 35 000 Ljoty. Großes Aufsehen erregte die Entfällung Abarasiss über die der Rüstler Holzverarbeitungsgesellschaft „Zarot“ von der Bank erteilten Kredite. Diese Gesellschaft wurde 1926 mit einem Kapital von 18 000 Ljoty (nicht einmal 10 000 Mark) von dem einflussreichen Worshauer Stadtwohnenden, Zaroszewicz, und einem gewissen Kothkin gegründet und erhielt von der Landeswirtschaftsbank Kredite in Höhe von einer halben Million Ljoty.

